

Aserbaidshans treue Freunde

Warum waren Unionsabgeordnete viele Jahre lang immer wieder bereit, Partei für das autoritäre Regime in Baku zu ergreifen?

Von Reinhard Veser



„Der Sieg ist unser!“ – Ein Propagandaplakat zum Sieg über Armenien im November 2020 in Baku Bild: Picture Alliance

BEITRAG TEILEN

Ist es verdächtig, wenn vier Bundestagsabgeordnete einer Partei vollkommen identische schriftliche Fragen an die Bundesregierung richten – und zwar nicht gemeinsam, sondern jeder von ihnen einzeln? In der Bundestagsdrucksache 19/13638 vom 27. September 2019 wollen die CDU-Abgeordneten Axel Fischer, Eberhard Gienger, Olav Gutting und Nikolas Löbel von der Bundesregierung Auskunft über deren Haltung zu neuen Entwicklungen im aserbaidshanisch-armenischen Konflikt in Nagorno Karabach. Warum haben sich die vier Männer nicht zusammengetan, wie das sonst üblich ist, wenn Abgeordnete einer Fraktion das Gleiche zum selben Thema wissen wollen? Und wie kommt es, dass in den Fragen sogar der Name des irrtümlich als Präsident bezeichneten armenischen Ministerpräsidenten Nilsel Paschinjan auf die gleiche Weise falsch geschrieben wird? Haben sie die Anfragen vielleicht von irgendjemandem übernommen, im Auftrag von irgendjemandem gestellt?

14 TAGE KOSTENFREI TESTEN (HTTPS...

Die Fragen der Abgeordneten an die Bundesregierung sind so formuliert, dass sie eine klare Parteinahme
 Seite Eins (https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-03-26/) Politik (https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-03-26/) Deutschland i
 enthalten: für Aserbaidshans, gegen Armenien. Und wenn Unionspolitiker eine besondere Sympathie für

Aserbaidshans erkennen lassen, steht seit derzeit eine schlimme Vermutung im Raum: Da könnte jemand für materielle Gegenleistungen im Auftrag eines autoritären Herrschers gehandelt haben.

Der Thüringer CDU-Abgeordnete Mark Hauptmann hat Mitte des Monats sein Mandat niederlegt, nachdem öffentlich geworden war, dass aserbaidshansische Unternehmen in seinem „Südthüringen Kurier“ Anzeigen geschaltet hatten, die schwer mit normaler Werbetätigkeit zu erklären waren. Gegen einen der vier Fragesteller vom September 2019, den Karlsruher CDU-Abgeordneten Axel Fischer, ermittelt seit Anfang März die Generalstaatsanwaltschaft München wegen des Verdachts der Bestechlichkeit. Und schon vor einem Jahr hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt aufgrund des gleichen Verdachts Ermittlungen gegen die am vorigen Sonntag im Alter von 53 Jahren verstorbene CDU-Abgeordnete Karin Strenz aufgenommen.

Beiden wird vorgeworfen, als Gegenleistung für Zahlungen aus Aserbaidshans über Jahre als Teil eines ganzen Netzes von Parlamentariern aus mehreren EU-Staaten daran mitgewirkt zu haben, dass in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats systematisch Posten so besetzt und Abstimmungen so beeinflusst wurden, dass in Resolutionen Kritik an Menschenrechtsverletzungen und Wahlmanipulationen in dem Land im Südkaukasus blockiert oder wenigstens abgemildert wurde. Und auch derjenige, über den das Geld an sie geflossen sein soll, ist ein Unionsmann: der einstige CSU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner.

Die Frage der Energieversorgung

Wer den eigenartigen Beziehungen deutscher Politiker zu dem kleinen, aber öl- und gasreichen Land am Kaspischen Meer nachspürt, gerät rasch in eine Zone, in der der Zweifel herrscht und klare Konturen verschwimmen. Waren es Leichtfertigkeit, Unbedarftheit und fehlendes Wissen, die deutsche Abgeordnete zu Äußerungen brachten, die ganz im Sinne der Propaganda eines autoritären Staates sind – oder steckt noch etwas anderes dahinter? Ist es ein belastendes Indiz, wenn ein Parlamentarischer Staatssekretär sich im Kreis von Lobbyisten eines anderen Landes bewegt, oder nimmt er dabei nur in seiner Funktion normale Repräsentationsaufgaben bei Veranstaltungen zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wahr?

Aserbaidshans wird von Präsident Ilham Alijew mit harter Hand regiert. Er hat laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch „den Raum für unabhängige Aktivitäten, kritischen Journalismus und oppositionelle politische Betätigung nahezu ausgelöscht“. Alijew und seine Verwandtschaft behandeln das Land wie feudales Eigentum, Korruption ist eine unverzichtbare Stütze ihrer Herrschaft. Per se verwerflich sind Verbindungen in ein solches Land jedoch nicht: Abgeordnete können ebenso wie Regierungen und Diplomaten nicht nur mit den Vertretern von Regimes reden, die ihnen sympathisch sind.

Und es gibt gute Gründe, Aserbaidshans als strategisch wichtigen Partner in den Bestrebungen der EU zu sehen, ihre Energieversorgung zu diversifizieren, und das nicht nur wegen der eigenen Öl- und Gasvorkommen des Landes. Will Europa an Russland vorbeikommen, um den Bodestoff vorwärts in Zentralasien bekommen, führt der einzige Weg über das Kaspische Meer nach Aserbaidshans und weiter durch Georgien und die Türkei. Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.
 Bundeskanzlerin Angela Merkel und verschiedene EU-Energiekommissare haben sich deshalb in den vergangenen Jahren immer wieder mit Präsident Alijew getroffen.

Kespekt tur einen truheren KGB-Chef**Frankfurter Allgemeine**

(https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-03-26/)

26.03.21

ZEITUNG FAZ.NET

Dass nun mehrere Unionspolitiker im Zwielficht stehen, die sich mit Aserbaidshans befassat haben, hat indes wenig damit zu tun, dass das Land keine lupenreine Demokratie ist. Es hat vor dem Hintergrund des seit langem

im Raum stehenden – und im Europarat belegten – Verdachts, die Lobbyarbeit Aserbaidshans gehe mit Korruption einher, vor allem damit zu tun, wie und wo sich die CDU-Politiker dazu geäußert haben. „Was ich immer wieder faszinierend finde in Aserbaidshans, ist zum Beispiel die lange demokratische Historie“, sagte etwa der CDU-Abgeordnete Olav Gutting in einem am 4. Januar 2020 veröffentlichten Gespräch mit einem aserbaidshanschen Blogger, der zum Umfeld der zahlreichen Lobby-Organisationen Aserbaidshans in Deutschland gehört.

Der wegen seiner Maskengeschäfte zurückgetretene CDU-Abgeordnete Nikolas Löbel hingegen forderte nach einer Aserbaidshans-Reise Mitte 2018 in einem Bericht auf seiner Website, bei der Beurteilung des Landes zu berücksichtigen, dass es „eine noch sehr junge Demokratie mit Stärken und Schwächen“ sei. Über Präsident Ilham Alijew 2003 verstorbenen Vater und unmittelbaren Vorgänger an der Staatsspitze wusste Löbel zu berichten: Er „gab dem Land im Jahr 1991 durch starke Führung eine Richtung und führte es in die Freiheit, in die ersehnte Unabhängigkeit“.

Diese Formulierung findet man fast genauso in Propagandabroschüren des Regimes über den schon zu seinen Lebzeiten mit einem Personenkult umgebenen Heydar Alijew. Tatsächlich war der Vater des heutigen Präsidenten Ende der sechziger Jahre zunächst als KGB-Chef der Aserbaidshansischen Sowjetrepublik für die Verfolgung Andersdenkender zuständig und führte das Gebiet dann als Vorsitzender der Kommunistischen Partei fast zwanzig Jahre, bis er 1987 wegen seines Widerstands gegen die Reformpolitik Michail Gorbatschows abgesetzt wurde.

Gemeinsam seit der Jungen Union

Der einstige Turnweltmeister Eberhard Gienger lobte bei verschiedenen Gelegenheiten die Ausrichtung von großen internationalen Sportveranstaltungen in der Hauptstadt Baku, mit denen Aserbaidshans sein internationales Ansehen aufpolieren will. Das Land öffne sich dadurch weiter, sagte Gienger zum Beispiel im März vorigen Jahres demselben Blogger, dem auch sein Fraktionskollege Gutting geantwortet hatte. Will man von einer Öffnung Aserbaidshans durch Sportveranstaltungen sprechen, dann gilt das jedoch höchstens in einer Hinsicht: Sie sind inzwischen fast die einzige Chance für ausländische Journalisten, überhaupt in das Land zu gelangen, das laut Menschenrechtsorganisationen immer repressiver wird.

Fischer, Gienger, Gutting, Löbel, Hauptmann, Strenz und auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Thomas Bareiß haben eine lange Geschichte freundlicher Äußerungen über Aserbaidshans, Kontakten zu aserbaidshanschen Lobby-Organisationen und Teilnahmen an Veranstaltungen der aserbaidshanschen Botschaft. Teile der Unionsfraktion haben diese Aktivitäten, die in einigen Fällen mit einem auffälligen Interesse an Reisen nach Baku einhergingen, schon lange mit wachsendem Unbehagen verfolgt. Verstärkt wurde das durch die Umstände mancher Reisen; Reiseanträge für Aserbaidshans ohne klares Programm, Meldungen aus Baku, dass Abgeordnete bei Terminen keine Begleitung durch die Botschaft wünschten, Termine für Abgeordnete wie Karim Strenz bei gelegentlichen aserbaidshanschen Politikern, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung in Deutschland standen.

Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.

Es gibt CDU-Abgeordnete, die es nicht nur für Zufall, sondern eine Art Gesetzmäßigkeit halten, dass Parteiliebe wie Nikolas Löbel und Mark Hauptmann, die schon vor der Maskenaffäre wegen umfangreicher

Nebentätigkeiten auffällig geworden waren, auch eine besondere Schwäche für Aserbaidischans zeigten. In ein Muster passt auch, dass die beiden in der Jungen Gruppe der CDU Abgeordneten versuchten, den Ton anzugeben. Denn schon der im Jahr 2015 verstorbene langjährige JU-Vorsitzende Philipp Mißfelder, in dessen

ZEITUNG FAZ.NET

Amtszeit Hauptmann und Löbel in Führungspositionen bei der Jungen Union aufrückten, fiel nicht nur durch Seite Eins (<https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-03-26/>) Politik (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-03-26/>) Deutschland (

lukurative Nebentätigkeiten, sondern auch durch Kontakte zu der aserbaidischanschen Lobby-Organisation „The European Azerbaijan Society“ (TEAS) auf.

Videos sind verschwunden

Eine andere Auffälligkeit unter den Freunden Aserbaidischans in der CDU ist ihre Herkunft: Die Mehrzahl von ihnen stammt aus Baden-Württemberg. Dort ist in der Landeshauptstadt Stuttgart ein einstiges Schwergewicht in der Landes-CDU seit mehr als zehn Jahren als Honorarkonsul für Aserbaidischans tätig: Otto Hauser, der letzte Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl. Hauser hat nach Informationen der F.A.Z. immer wieder Abgeordnete auf Reisen nach Baku begleitet und dort Gesprächstermine vermittelt. Und er hat regelmäßig Positionen des aserbaidischanschen Regimes ungewöhnlich deutlich verteidigt. So sagte er zum Beispiel 2012 in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ über von Amnesty International anerkannte politische Gefangene: „Das sind verurteilte Islamisten, wie wir sie auch haben.“

Als in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Januar 2013 ein Bericht des SPD-Bundestagsabgeordneten Christoph Strässer über politische Gefangene in Aserbaidischans durchfiel – nach heutigem Wissen maßgeblich aufgrund von Intrigen und Stimmen von Parlamentariern, die dafür Vergünstigungen aus Aserbaidischans erhalten haben –, zeigte sich Hauser zufrieden. Er warf Strässer, dem Aserbaidischans die Einreise verweigert hatte, faktenwidrig vor, dieser habe seinen Bericht „lediglich auf die Angaben zweier Aktivisten bezogen“. Im Herbst vorigen Jahres nach der Beendigung des Krieges um Nagornyj Karabach gratulierte Hauser in einem Video dem aserbaidischanschen Präsidenten Ilham Alijew und „dem aserbaidischanschen Volk zu diesem wichtigen Schritt für den Frieden“. In Baku verbarg das Regime zu dieser Zeit schon nicht mehr, dass es selbst den Krieg zur Rückeroberung des Gebietes begonnen hatte, das völkerrechtlich zu Aserbaidischans gehört, und erging sich in triumphalistischen Gesten und Drohungen gegenüber dem besiegten Armenien.

Von der Website des Konsulats und seiner Facebook-Seite ist dieses Video ebenso verschwunden wie Hausers Genugtuung über den gekauften Abstimmungserfolg Aserbaidischans im Europarat. Auf der Seite findet man nun fast ausschließlich unverfängliche Informationen zu Kultur, Tourismus und Wirtschaft. Auch die anderen Freunde Aserbaidischans in der Union gehen in Deckung angesichts der plötzlichen Aufmerksamkeit, die durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Axel Fischer und die Maskenaffäre über sie hereingebrochen ist. Auf Fragen nach ihrem Engagement antworten sie nicht oder ausweichend.

Olav Gutting etwa begründet sein Engagement in einer Mail an die F.A.Z. mit den Äußerungen der Kanzlerin zur Bedeutung Aserbaidischans für die Diversifizierung der EU-Energieversorgung und mit den lebhaften deutsch-aserbaidischanschen Wirtschaftsbeziehungen. Zu der Lobby-Organisation TEAS habe er keine Verbindungen. In englischsprachigen aserbaidischanschen Medien freilich wurde er über die Jahre immer wieder unter Berufung auf die TEAS zitiert. Und nur ein Jahr nachdem er sich von der „langen demokratischen Historie“ Aserbaidischans beeindruckt zeigte, schreibt Gutting nun: „Nach meiner Kenntnis gibt es in Aserbaidischans Menschenrechtsverletzungen und eingeschränkte Pressefreiheit. Das lässt sich nicht mit einer Demokratie vereinbaren.“

Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.



BEITRAG TEILEN

14 TAGE KOSTENFREI TESTEN (HTTPS...

MEHR ZUM THEMAZEITUNG FAZ.NET

Eine Million als Provision?

Seite Eins (<https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-03-26/>) Politik (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-03-26/>) Deutschland

Es ist kaum 14 Tage her, dass Mark Hauptmann jegliche Verbindungen zur Affäre um die für einzelne Abgeordnete hoch-profitable Vermittlung von Mund-NasenSchutzmasken ablehnte. Auch die vom Vorstand der Bundestagsfraktion (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-03-26/eine-million-als-provision/589751.html>)

Ein Hauch von Rückenwind

Die vergangenen drei Wochen waren für die Union schlimm. Für die SPD hingegen waren es die besten seit langem. Bei Umfragen erreicht die Partei erstmals seit zwei Jahren wieder einen Wert von 18 Prozent. Für den wachsenden (<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-03-26/ein-hauch-von-rueckenwind/589691.html>)


(<https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/2021-03-26/>)Impressum (<http://www.faz.net/ueber-uns/faz-net-impressum-112096.html>)Datenschutz (<http://www.faz.net/datenschutz/>)

Dieser Artikel wurde Ihnen von einem
Abonnenten geschenkt und kann daher
kostenfrei von Ihnen gelesen werden.

Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.

14 TAGE KOSTENFREI TESTEN (HTTPS...